



Die offizielle Zeitung von SPUN

Gotteskrieger im Bundestag

"Nieder mit den Minderheiten!" Das ist ein Satz, den man in der SPUN-Geschichte wohl bis heute noch nie zu hören bekommen hat. Geäußert wurde diese krasse Meinung auch nicht von einer regulären Delegation, sondern von einem Mitglied der Talibangesandtschaft, die bei SPUN 2001 die Interessen der fundamentalistischen afghanischen Gotteskrieger vertreten werden.

Obwohl bei SPUN normalerweise immer noch die alte afghanische Regierung die Interessen ihres Landes vertreten, kontrollieren die 1995 gegründeten Talibanen nach zahlreichen militärischen Erfolgen rund 90% des zentralasiatischen Staates, sowie dessen Hauptstadt Kabul. Im Oktober '97 riefen sie das "Islamische Emirat Afghanistan" aus, welches zur Zeit von einer Übergangsregierung unter Mullah Mohammad Rabbani kontrolliert wird. Durch Wirtschaftsblockaden, sowie militärische Operationen gegen die sogenannte Nordallianz bauen die Taliban ihre Machtbasis im Land immer weiter aus. Die mutwillige Zerstörung der Buddas von Bamian vor zwei Monaten zog das Entsetzen der Weltöffentlichkeit auf sich, doch weitaus schlimmer sind die weiter anhaltenden Menschenrechtsverletzungen unter den fundamentalistischen Mudschaheddins, besonders gegen Frauen und religiöse Minderheiten.

Auch machen die Taliban immer wieder durch blutige Eroberungen, Vertreibungen und Brandstiftungen auf sich aufmerksam, wie beispielsweise vergangene Woche. Zu diesem Zeitpunkt fand unter Leitung Mullah Dadullahs ein Massaker in der, ehemals von oppositionellen Millizen gehaltenen, Stadt Jakawlang statt, bei der zehn-

tausende Zivilisten ins umliegende Bergland flüchten mussten. Hunderte werden bis heute noch vermisst. Wirtschaftlich halten sich die Taliban mit dem Anbau von Mohn und dessen Weiterverarbeitung zu Heroin über Wasser. Die Taliban verachten SPUN, welches für sie ein Hort der westlichen Industriemächte sei und werden ganz reziprok auch von SPUN geächtet.

Nun mag man sich fragen, was eine Gesandtschaft dieser Organisation dann bei einer Veranstaltung wie SPUN macht, bzw. wie SPUN es zulassen kann, dass die Taliban die Ausschüsse der diesjährigen Sitzungswoche als Plattform für ihre provokanten Thesen benutzen. Nun ja, wenn man die Realität, die ja oft traurig genug sein kann, verändern will, dann muss man sich ihr zuerst einmal stellen. Und die Taliban sind Realität. Es gibt sie und man muss sich mit ihnen auseinandersetzen, wenn man das Leiden der Bevölkerung in Afghanistan beenden will. Auseinandersetzung beinhaltet aber auch immer Dialog und eben diesen Dialog wollen wir hier bei SPUN erstmalig ermöglichen. Mitarbeiter SPUNs und humanitärer Organisationen kooperieren bereits seit geraumer Zeit mit der talibaniischen Führung in Afghanistan, um die defizitäre Versorgung der Bevölkerung, vor allem in Ballungszentren wie Kabul, zu lindern. So betreibt das SPUN-Welternährungsprogramm (WFP) zum Beispiel eine Reihe von Bäckereien, die subventioniertes Brot an bedürftige Menschen in der Hauptstadt des kriegsversehrten Landes verteilen.

Jetzt ist es auch an der Zeit, einen Dialog auf internationaler Ebene mit den

(Fortsetzung auf S. 6)



Panzer der Taliban

Inhalt:

Interviews mit den Delegationen - S. 2

Abrüstungskommission - S. 3

Kommission für WiSO - S. 4

Sonderkommission - S. 5

Der Bundestag - S. 6

Nachrichten - S. 7/8

Impressum:

Herausgeber: SPUNited Pressteam
 ViSdPR: Alex Rosen
 Redakteure: Tim Ziegler, Kai ten Venne,
 Florian Felderer, Dennis Cakirbay,
 Alex Rosen
 Sponsoren: Heinz-Kühn-Bildungswerk
 Zentrum für Friedenskultur
 Special Thanx to Soo und Chrissie !!!!!!!!!!

Interviews mit den Delegationen "upon arrival"

Gestern fand im ehemaligen Bundestag die Begrüßung der SPUN-Delegierten statt, die für ihre einwöchige Tagung in Bonn eintrafen. Wir interviewten einige der Delegationen kurz nach ihrer Ankunft am Bundestag.

Die amerikanische Delegation erklärte uns, dass sie in dieser Woche das umstrittene BMD (Ballistic Missile Defense) vor den teils kritisch eingestellten Mitgliedern der internationalen Gemeinde rechtfertigen wollen. Mr. Knesewitsch, der die USA im Sicherheitsrat vertreten wird, merkte an, dass die BMD hauptsächlich zum Schutz "kleinerer Staaten, die den USA freundlich gesonnen sind, dienen würde, wie z.B. Europa."

Die Delegation Malis hielt sich während der Befragung aus taktischen Gründen eher bedeckt und verweigerte jeglichen Kommentar. Auch die deutsche Delegierte, Frau Leuschen, die die BRD in der WiSo-Kommission vertreten wird, glänzte durch Neutralität im Bezug auf die Thematik der BMD: "Ich halte mich da diplomatisch raus."

Die Delegation Mexikos, die gestern aus Istanbul angereist war, legte ihren Schwerpunkt bei dieser Sitzungswoche auf die Entstehung eines Bündnisses von Nicht-OPEC-Mitgliedern. Dieses würde eine optimalere Nutzung ihrer immensen Erdölvorkommen ermöglichen.

Im Interview mit den Abgeordneten der nigerianischen Delegation der deutschen Schule in Lagos, Nigeria, befragten wir sie zu dem Schiff mit Kindersklaven, welches angeblich seit Wochen vor der nigerianischen Küste kreuzt. "Das wird bei uns nicht

so hochgespielt," sagte der Delegierte Nigerias, der ebenfalls anmerkte: "Was sind schon 120 Leben im Vergleich zu 120 Millionen."

Die Delegation Irlands, die dieses Jahr auch im Sicherheitsrat vertreten sein wird, weigerte sich, einen Kommentar zum Referendum von letzter Woche abzugeben. In dem Referendum hatte sich die irische Bevölkerung gegen die Vereinbarungen von Nizza ausgesprochen, die die Grundlage für die Erweiterung der EU legen sollten. Natürlich respektierte die Delegation jedoch "die Entscheidung ihrer Bevölkerung."

Die aus Strasbourg angereiste jamaikanische Delegation, mit der wir ein sehr anregendes Interview führten (siehe



Interview mit Jamaika

Foto), ernannte die Schaffung einer panamerikanischen Freihandelszone zur Chefsache. Eine solche Zone wird in naher Zukunft mit dem 'Free Trade Agreement of the Americas' (FTAA) verwirklicht werden. Diese Freihandelszone, an der alle amerikanischen Staaten, mit Ausnahme Kubas, beteiligt wären, könnte Jamaika und andere Staaten mit ähnlichen wirtschaftlichen Strukturen "aus der relativen Armut befreien", so die Delegierte Lesage-Rochette.

Großbritannien wird sich laut eigenen Angaben hauptsächlich mit der Durchsetzung des 'International Criminal Court' (ICC) gegen die Einwände der USA beschäftigen. Gerade während des Kosovokrieges habe man sehen können, so der Delegierte Großbritanniens im Sicherheitsrat, das "Menschenrecht gleich Staatsrecht" sei. Auch die Stabilisierung der Waffenruhe im Nahen Osten sei eine Priorität für die Delegation des Vereinigten

Königreichs. Man wolle die Spirale der Gewalt in eine 'Spirale der Verständigung' verwandeln.

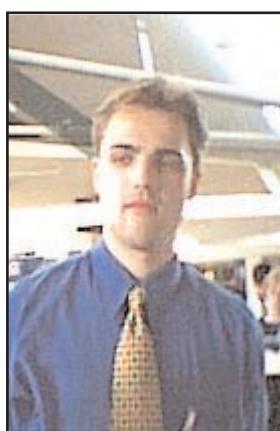
Ein interessantes Interview führten wir mit der Delegation Saudi Arabiens, für die die Stabilität des Nahen Ostens das eindeutige Kernstück ihrer Politik ist: Ohne einen stabilen Frieden wäre nämlich auch kein Wohlstand für die Völker der betroffenen Region möglich, oder, wie ein Mitglied der Delegation es formulierte: "Ohne Stabilität keine Wirtschaft!"

Die Delegationen Boliviens und Perus legten besonderen Wert auf die Entschuldung armer Länder. Bolivien sei ja schon bereit Mitglied der sog. 'highly indebted poor countries' (HIPC), einer vom IWF und der Weltbank eingerichteten Gruppe, die sich ebenfalls stark für die Entschuldung von Entwicklungsländer einsetzt, merkte die Delegierte Boliviens in der WiSo-Kommission an.

Auch die Delegation Kolumbiens, die ja von einer ähnlichen Problematik betroffen ist, wird ihren Schwerpunkt auf die Nord-Süd-Problematik legen, sowie den "Ausgleich zwischen Armen und Reichen, Schwachen und Starken." Zu dem ins Stocken gescheiterte Kyoto-Prozess äußerte sich die Delegierte Kolumbiens in der Sonderkonferenz kritisch. Obwohl er "angekündigt habe, nicht nach 'American first' zu gehen," habe Präsident Bush mit seiner Absage an die Abmachung eine "absolute Schweinerei" verursacht. Im Interesse aller müssten "noch viel strengere Kontrollen eingeführt werden", als sie selbst im Protokoll von Kyoto angedacht waren.

Allerdings äußerten manche Delegierten auch Kritik an den Themenvorgaben der Vorsitzenden. So war die Delegierte Weißrusslands in der Sonderkonferenz beispielsweise enttäuscht über den Mangel an konkreten Themen in ihrem Ausschuss. Für den Kaschmirkonflikt "gäbe es keine Lösung" und eine Debatte über das Wesen des Profit führe nur zu philosophischen Ergüssen.

Für Russlands Delegation ist die "Souveränität im Bezug auf Menschenrechte" Chefsache. Sie würden versuchen, während der Sitzungswoche ein "Umdenken in dieser Sache zu propagieren" Gerade durch den NATO-



Tim Ziegler interviewt

Luftangriff auf Jugoslawien habe man gesehen, dass ein solches Umdenken bitter nötig sei. Beim Thema der ehemaligen Kolonien distanzierte sich Russland von der These, ihr Einfluss in den Satellitenstaaten des ehemaligen Warschauer Pakts käme einer kolonialen Politik nahe.

Die norwegische Delegation, die sich auf Grund ihrer Neutralität gerade in der Abrüstungskommission, zwischen den Stühlen der USA und Europa sehen, äußerten sich vorsichtig im Bezug auf die derzeitige Entwicklung des Kyoto-Prozesses. Sie "respektierten zwar die Entscheidung Bushs, sehen aber noch

einige Diskussionpunkte offen."

Leider konnten wir hier nicht alle Interviews abdrucken, da dies den Rahmen dieser Zeitung sprengen würde, aber es sei einfach zusammenfassend gesagt, dass die breitgefächerte Vielfalt an Themen dieses Jahr eine interessante Sitzungswoche mit vielen anregenden Debatten verspricht.



Das SPUN-Hauptquartier in New York

Schwerter zu Pflugscharen

Alle Jahre wieder tagt der Abrüstungsausschuss und versucht, mehr oder weniger erfolgreich, die potentielle Gefahr von Waffen jeglicher Art zu verringern. Die durch diverse Verträge (ABM, Atomteststoppprogramm, usw.) geschaffene relative Sicherheit wird nicht nur durch die Politik einiger aggressiven Kleinstaaten, ehemals auch Schurkenstaaten genannt, und Terroristen bedroht, sondern auch von Plänen der Weltpolizei USA, welche unter ihrem neugewählten Präsidenten George W. Bush, dem kleinen, das eingefrorene Star-Wars Programm Ronald Reagans als 'Ballistic Missile Defense' wieder ins Leben zu rufen.

Dies und die durch ihre erste Stellungnahme angedeutete Verknüpfung von Abrüstungsfragen und Menschenrechten seitens der USA, die vor allem bei

China auf Kritik stieß, versprechen hitzige Diskussionen in den nächsten Tagen.

Laut Pressemitteilung liegen aktuelle Resolutionen zu den Themen 'Uranmunition', sowie 'Chemische und biologische Waffen' vor. Die Resolution gegen den Einsatz von uranhaltiger Munition, die durch Jugoslawien eingebracht wird, stützt sich auf die möglichen Langzeitschäden, die diese, nicht nur durch ihre Radioaktivität, sondern insbesondere durch ihre toxikologische Wirkung, unberechnbar macht. Auch einige Länder, die bis vor kurzem diese Munition verwendeten, unterstützen diese Resolution und revidieren damit ihre bisherige Politik.

Italien zum Beispiel, welches eine erschreckende Häufung von Leukämiefällen unter ihren, im Kosovo stationierten, Soldaten verzeichnet, sieht einen

Zusammenhang zwischen dem dortigen Einsatz von uranhaltiger Munition und diesen Krankheitsfällen. Die Reaktionen der anderen NATO-Partnern divergieren in dieser Sache erheblich. So verurteilte der französische Delegierte diese Munition unter dem Hinweis, dass sie "weh tut", während der Vertreter Großbritanniens davon sprach, dass "Uran eine feine Sache" sei. Andererseits sprach dieser sich zusammen mit den Vertretern Irlands und Palästinas für ein vollkommenes Verbot von chemischen und biologischen Waffen aus. Er unterstrich dies mit einem Beispiel: "Wenn du die Wahl hättest, ob ich dich erschiessen solle oder du dir nach dem Einsatz von chemischen Waffen die Gedärme auskotzt. Wofür entscheidest du dich ?".

Wirtschaft und Soziales

Der Ausschuss für Wirtschaft und Soziales wird sich bis zur Generalvollversammlung in dieser Sitzungswoche schwerpunktmäßig mit der Entschuldung, primär mit der Entwicklungsländer, aber auch mit weiteren Entschuldungsmaßnahmen einiger Schwellenländer beschäftigen. Man könnte diesen Tagesordnungspunkt unter das Motto: "Entwicklung braucht Entschuldung" stellen. Zur näheren Erläuterung der Thematik folgen nun ein paar Fakten:

Die '1. Welt' investiert in die Entwicklungsländern ca. 50 Milliarden Dollar pro Jahr, aber sie erzielt im gleichen Zeitraum einen Gewinn von über 500 Milliarden Dollar- die Zinszahlungen für die Schulden nicht eingerechnet. Das größte Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung der '3. Welt' ist die Schuldenlast. Die Lebensbedingungen von Milliarden von Menschen werden durch sie beeinträchtigt. Die Schulden verdammten sogar die noch nicht geborenen Generationen. Ihre Hoffnung für das nächste Jahrtausend könnte im Schuldenerlass bestehen. Allerdings ist es keinesfalls sicher, dass ein genereller Schuldenerlass auch tatsächlich die Bedürftigen erreichen würde. In diesem Zusammenhang kann auch die Frage nach einer Reform des IWF und der Weltbank, die besonders in letzter Zeit öfter aufkam, gestellt und diskutiert werden.

Nachwirkungen der Kolonisation: Die Region, in der die Auswirkungen der Kolonisation am meisten spürbar ist, ist wohl der Kontinent Afrikas. Mit Ausnahme von Liberia und Äthiopien befanden sich bis zur Hälfte des 20. Jahrhunderts alle Staaten Afrikas unter fremder Herrschaft, hauptsächlich unter der Herrschaft Großbritanniens und Frankreichs. Obwohl seit dem Ende der fünfziger Jahre die meisten Länder Afrikas ihre staatliche Unabhängigkeit erreicht haben, scheint der Weg zur Demokratie und zur Integration in die Weltpolitik weit und schwer. Kriege,

Hungrisnot, Armut und Krankheit beherrschen den Alltag des afrikanischen Kontinents.

Die Frage, die sich dem Rest der Welt nun stellen sollte, ist ob und inwieweit die Situation, in der sich Afrika befindet, das Resultat der Kolonialherrschaft ist. Hierbei muss z.B. berücksichtigt werden, dass die meisten Kolonialmächte willkürliche Grenzlinien gezogen haben. Dies hatte u.a. die Trennung bestimmter Volksstämme zur Folge und verursacht bis heute Kriege um Ressourcen und Grenzen.

Ein naheliegendes Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen zwischen Eritrea und Äthiopien über bestimmte Landstriche. Fragen über die Zukunft Afrikas müssen geklärt werden, z.B. welche Rolle die Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) in Zukunft spielen sollte. Das



SPUN-Mitarbeiter in Äthiopien

Beispiel Afrikas ist anscheinend das offensichtlichste, wenn es um die Frage der Nachwirkung der Kolonisation geht. Jedoch sollten auch andere Konflikte berücksichtigt werden, wie z.B. die Frage nach der Zugehörigkeit Kaschmirs. Inwieweit sollten ehemalige Kolonialmächte Verantwortung für ihre Taten übernehmen?

Das Thema der Ressourcenknappheit ist von verschiedenen Standpunkten aus zu betrachten. Man sollte sich mit den Ursachen, den Auswirkungen und neuen Präventiv-maßnahmen befassen. Die

neueste, von der OPEC veröffentlichte, Statistik gibt an, dass die Erdölreserven der OPEC noch ca. 80 Jahre lang halten werden. Dies scheint eine relativ lange Zeit zu sein, jedoch müssen jetzt schon alternativen Energiequellen erkundet werden. Während dies geschieht, ist über Übergangslösungen nachzudenken. Hierbei sollte berücksichtigt werden, welche Staaten der Welt über Ressourcen verfügen und wie diese genutzt werden.

Denn wie im Beispiel Angolas, wo die nationale Befreiungsarmee Angolas Diamantenvorhaben benutzt, um ihre Soldaten zu bezahlen, sollten derartige Ressourcen sicherlich auf eine andere Art und Weise genutzt werden. Sollte es nicht Ziel aller Staaten der Welt sein, ihre Ressourcen zu teilen, zu überlegen, wie sie effizient nutzen können und somit zu gewährleisten, dass das Geld in diese effiziente Nutzung anstatt in Kriege fließt? Die Rolle von Organisationen wie OPEC und die Kooperation und Förderung solcher Organisationen ist insbesondere zu beachten. Welche Rolle können die einflussreichen Länder dieser Erde nehmen? Von besonderem Interesse bei der Klärung dieser Fragen sollten die Staaten Afrikas, jedoch z.B. auch die Staaten des Mittleren Ostens, sowie z.B. Staaten wie Aserbaidschan und Turkmenistan sein.

Über die Themen des Ausschusses hinaus gab es in der heutigen konstituierenden Sitzung des Wirtschaft und Sozialausschuss noch einige persönliche Anträge, die hier als Stilblüte zu nennen wären. Unter anderem bemängelte der afghanische Berichterstatter der Taliban, dass die, im Ausschuss anwesenden, Frauen nicht verhüllt waren. Weiterhin stellte der saudiarabische Deligierte die Frage: " Ist es möglich drei mal täglich einen persönlichen Antrag zu stellen, um seinen religiös bedingten Pflichtgebeten nachzukommen?"

"Es gibt nicht Gutes, außer man tut es."

Erich Kästner

Die Sonderkommission für eth(n)ische und ökonomische Differenzen

Die Sonderkommission für eth(n)ische und ökonomische Differenzen tagt in diesem Jahr das erste Mal bei SPUN. Die Teilnehmerzahl wird, nach Angaben der stellvertretenden Vorsitzenden Soo-Hyun Oh, auf ungefähr 27 Delegierte geschätzt.

Die Sitzung wurde von Henrik Volpert, dem Vorsitzenden der Sonderkommission, feierlich eröffnet. Es folgte zuerst eine kleine Vorstellungsrunde, während der jeder Delegierte die Möglichkeit hatte, sein Land in ein bis zwei Sätzen kurz den anderen Teilnehmern vorzustellen.

Anschließend nahm der Vorsitz der Kommission wieder das Ruder in die Hand und klärte die Delegierten über die allgemeinen Dinge, die man bei SPUN so wissen muss, auf, wie z.B. was mit einer Resolution so auf sich hat, was die GO ist und sonstiges, was für den reibungslosen Ablauf von SPUN wichtig ist.

Unter Anderem wurden auch die Themenvorschläge vorgestellt, die da wären: "Afrika- Spielball der westlichen Mächte?", "Profit oder Frieden" und "Kaschmir um jeden Preis?", wobei bei dem letzteren Thema sich das Problem aufwarf, das keiner der beiden Hauptkonfliktparteien, also Indien und Pakistan, dieses Jahr bei SPUN vertreten sind, und somit eine Behandlung des Themas als äußerst fragwürdig erscheint.

Es gab zudem noch einige weitere Resolutionsvorschläge, die nicht unbedingt im Zusammenhang mit den Themenvorschlägen standen, aber durchaus in die Sonderkommission passten.

Nach dem etwas längeren, sachlich souverän vorgetragenen Monolog des Vorsitz, der die Neu-SPUNer in die Materie einführte und den Alt-SPUNer nochmals die 'Spielregeln' vergegenwärtigte, gab es im Anschluss erst Mal eine Lobbyingzeit, welche die Delegierten dazu benutzen konnte, ihre ehrenwerten Mitdelegierten besser kennen zu lernen, ihre Resolutionen vor zu stellen und für sie zu werben, sowie

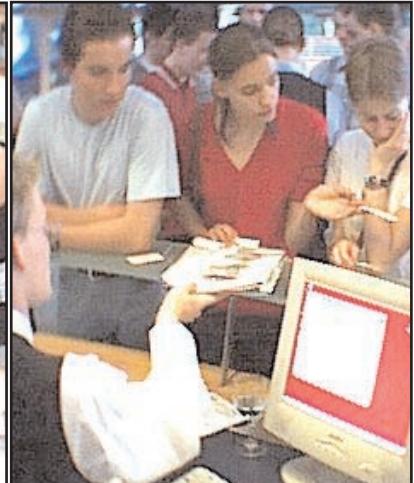
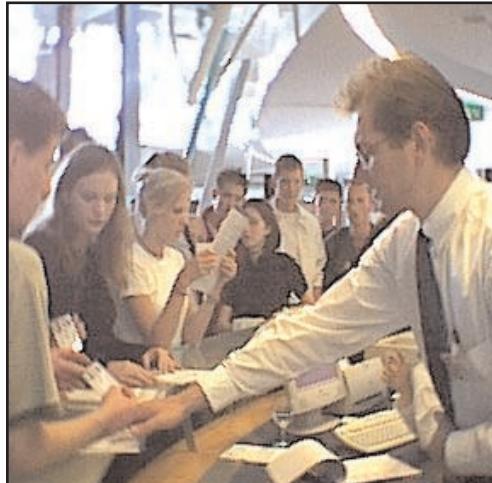
Verbündete zu suchen oder aber auch zu zu sehen, wer nicht zu den politischen Gleichgesinnten gehört. Nach der Lobbyingzeit kam man nochmals kurz im Ausschuss zusammen um zu schauen, ob bereits Resolutionen vorhanden waren, die eingereicht werden könnten.

Die momentane Situation ist die, dass es schon einige Entwürfe für Resolutionen gibt, aber noch keine soweit ist, dass sie eingebracht werden könnte. So richten sich nun alle Augen gebannt auf die vor uns liegenden Sitzungstage, um zu sehen wie sich der Ausschuss weiter entwickeln wird.



Die Sonderkonferenz in Tagung

Fotos der Registrierung



(Fortsetzung von S. 1)

Taliban zu führen und eben hierfür soll SPUN die Grundlage bilden. Die Gesandten werden in der Sonderkonferenz, der Kommission für Wirtschaft und Soziales, dem Menschenrechtsausschuss und der Abrüstungskommission sitzen und dort die Meinung ihrer Regierung vertreten.

Dass diese nicht immer ganz mit den grundlegenden Prinzipien der SPUN-Charta übereinstimmen werden wird, ist vorprogrammiert. So haben die Frauen im Taliban, angeblich auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage, nur wenige Rechte, dürfen teilweise ihre Häuser nicht verlassen, keine Berufe ausführen und unterliegen komplett der fundamentalistisch interpretierten islamisch Sharia.

Auf Grund dieses Umstandes gab es auch in der Vergangenheit mehrere Probleme für die Einsatzteams SPUNs und humanitärer Organisationen, die weibliche Mitarbeiterinnen beschäftigen. Volkszählungen oder -befragungen, die für die Planung von Hilfsprojekten notwendig waren, konnten nicht durchgeführt werden, da männliche Mitarbeiter sich den afghanischen Frauen gegen Todesstrafe nicht nähern und die weiblichen Mitarbeiterinnen erst gar nicht eingesetzt werden durften.

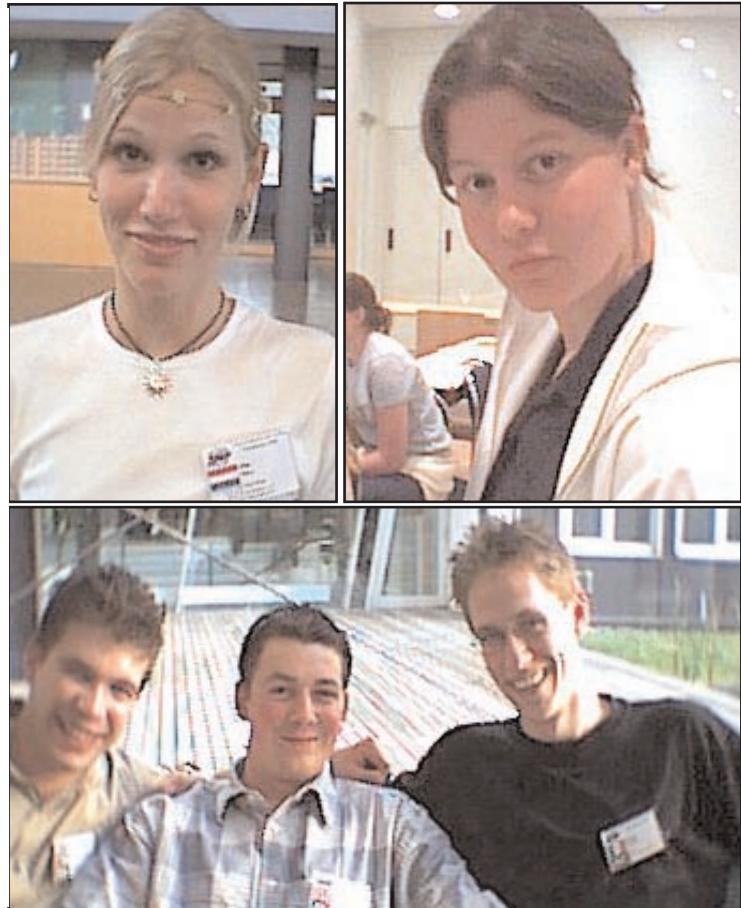
Doch nicht nur gegen die weibliche Bevölkerung gehen die Taliban repressiv vor, sie unterstützen auch die Einführung einer Art Markierung aller Hindus in Afghanistan, z.B. durch Armbinden. Dies diene der "koordinierten Durchführung der Nahrungsrationierung und um Aufstände zu vermeiden", so einer der Abgesandten des Landes bei SPUN gestern.

Dass sich viele westliche Nationen bei solchen Praktiken an die faschistischen Abgründe des vergangenen Jahrhunderts erinnern, sei ihr Problem und nicht das der Taliban, wie es der Botschafter der Übergangsregierung in Islamabad letzten Monat in einem CNN-Interview formulierte. Wir hoffen, dass es den Delegierten nicht zu schwer fallen wird, mit dieser Art von Positionen konfrontiert zu sein und dennoch ein diplomatisches Verhalten zu bewahren. Selbstverständlich werden die Taliban in den Ausschüssen kein Stimmrecht haben, da sie ja auch keine reguläre Delegation stellen.

Der Bundestag - ein denkmalgeschütztes Gebäude

Gestern Nachmittag haben sich die Delegierten der fünften SPUN Konferenz zu einer historischen Stunde an einem denkwürdigen Ort, nämlich dem ehemaligen Bundestag der Stadt Bonn eingefunden. Genau gestern vor zehn Jahren, am 20.06.1991 wurde nach einer lang andauernden Debatte und zwölf Stunden des Diskutierens und Argumentierens in der entscheidungsbringenden Abschlussabstimmung der Entschluss für den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin gefällt. Mit einer knappen Mehrheit von 17 Stimmen für den Umzug und bei etwaigen Enthaltungen wurde eine neue Ära der Politik eingeläutet. Die Bundesregierung fällt ihre Entscheidungen nun im renovierten alten, neuen Reichstag in Berlin und Bonn wurde in jüngster Zeit zur SPUN Stadt, wobei die überaus wichtige Arbeit der SPUN Abgeordneten für den Frieden erst jetzt mit einem angemessenen Tagungsort honoriert werden konnte, da man sich leider erst vor kurzer Zeit von einem Verein, dessen Namen der Presse nicht mehr genau bekannt ist, trennte. Nun tagen die Delegierten in berühmten Räumlichkeiten, in welchem nicht nur deutsche Politik bis heute Geschichte geschrieben hat, sondern in dem auch SPUN eine Politik des Friedens fortführen wird. An dieser Stelle danken wir ganz herzlich den Trägern und freundlichen Unterstützern, dem Heinz-Kühn-Bildungswerk und dem ZFK (Zentrum für Friedenskultur), die die diesjährige Tagung in diesem bisher einmaligen Rahmen ermöglichen und gehen in freudiger Voraussicht von einem guten und produktiven Verlauf der SPUN Sitzungswoche aus, so daß einer weiteren Zusammenarbeit auch in Zukunft nichts im Wege stehen wird.

D
E
L
E
G
I
E
R
T
E



NACHRICHTEN

Jerusalem, Israel - Rückschlag für die Waffenruhe zwischen Palästinensern und Israelis. Es gab auf beiden Seiten wieder Tote. Ein SPUN Sprecher sagte, ein Israeli aus der Siedlung Homesch sei auf dem Weg zu einem nahe gelegenen palästinensischen Dorf von Palästinensern erschossen worden. Dorfbewohner berichteten, nach dem Vorfall hätten mehrere jüdische Siedler in der palästinensischen Ortschaft randaliert und seien von Soldaten festgenommen worden. Der Armeerundfunk berichtete von einem anderen Zwischenfall, bei dem Soldaten an einem Kontrollpunkt an der israelischen Grenze zum Westjordanland einen Palästinenser erschossen hätten. Der Mann habe sich seiner Festnahme widersetzt. Zuvor hatte sich das israelische Sicherheitskabinett dafür ausgesprochen, trotz der jüngsten Gewalt an der Waffenruhe festzuhalten. Das Sicherheitskabinett hatte am Dienstag seine Beratungen aufgenommen, nachdem im Westjordanland zwei Siedler getötet worden waren. Die Blockade der Palästinensergebiete werde jedoch erst nach dem "Ende des Terrors" aufgehoben, erklärte das Gremium. Israel behalte sich beizutragen. Bush habe am Mittwoch mit zudem vor, sich zu verteidigen und den Angriffen auf seine Bürger und Soldaten vorzubeugen. Nach dem Ende der Tagesberatungen am Mittwoch warf Israel der Sicherheitsplan der Palästinenser-Regierung erneut vor, den wegen des Aufstandes verhängte Blockade von US-Geheimdienstchef George Tenet der Palästinenser-Gebiete aufzuheben und vermittelten Sicherheitsplan nicht einzuhalten. Die Palästinenser-Präsident Jassir Arafat bezeichnete die israelische Erklärung als Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen.

Die Armee setzte ihren Beschuss fort und schützte die jüdischen Siedler bei ihren Verbrechen an Palästinensern, sagte Arafat. Ende September wurden in Ramallah rund 600 Menschen getötet. Die Palästinenser hatten ihre Bereitschaft gekräftigt, Angriffe auf jüdische Siedlungen zu unterbinden. Das US-Präsidialamt teilte mit, US-Präsident George W. Bush werde Powell in die Region senden, um zur Wahrung der Waffenruhe zu beitragen. Bush habe am Mittwoch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon telefoniert und werde im Laufe des Tages auch mit Arafat sprechen. Der Sicherheitsplan verpflichtet Israel, die Palästinenser-Gebiete aufzuheben und seine Streitkräfte abzuziehen. Die Palästinenser sollen im Gegenzug illegale Waffen einziehen, militante Palästinenser festnehmen und den Bau von Bomben unterbinden. Durch den Plan soll die Gewaltwelle gestoppt werden, bei der seit Ende September rund 600 Menschen in Ramallah getötet wurden. Der palästinensische Minister für internationale



Arafat trifft sich mit Spaniens Aznar

Zusammenarbeit, Nabil Schaaith, forderte Bundesaußenminister Joschka Fischer nach einem Gespräch in Berlin auf, eine stärkere Rolle im Nahost-Engagement der Europäischen Union (EU) zu übernehmen. Er habe Fischer gebeten, in die Region zurückzukehren, um dem Friedensprozess zu helfen, sagte Schaaith. Fischer hatte bei seinem Nahost-Besuch Anfang des Monats zwischen beiden Konfliktparteien vermittelt. Nach seiner Reise hatte der Bundesaußenminister mehrfach betont, das Engagement Deutschlands im Nahen Osten sei in der Politik der EU eingebettet.

“Der Krieg muss enden, bevor es keine Menschen mehr gibt, die noch wissen, wie man im Frieden lebt.”

Saleh Subhi

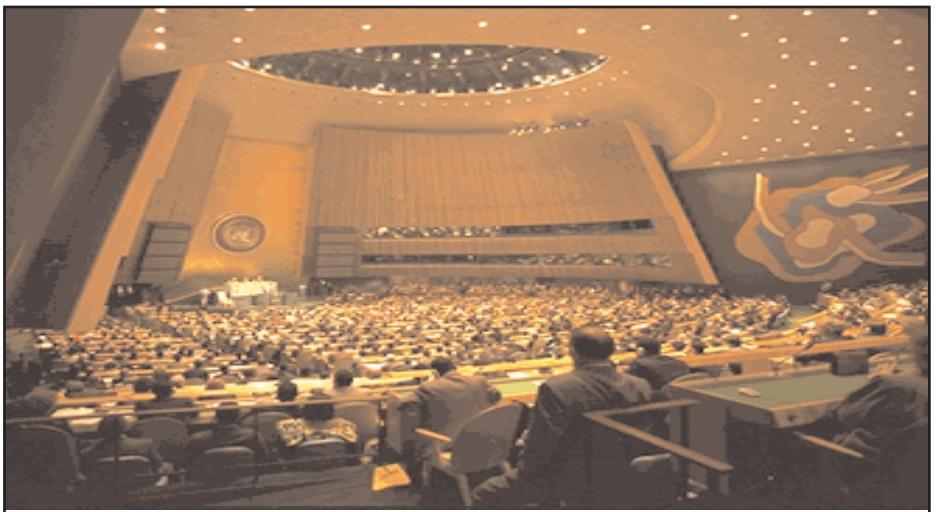


Baghdad, Irak - Bei einem Luftangriff von amerikanischen und britischen Kampffliegern im Nordirak sollen nach irakischen Angaben 23 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Beschuldigten dementieren. Ein Sprecher des Europakommandos der US-Streitkräfte in Stuttgart sagte zu der Meldung der irakischen Nachrichtenagentur INA: "Das ist ein absolut falscher Bericht." Es habe Routine-Patrouillen in der Flugverbotszone gegeben, aber keine Kampfaktionen. Alle Flugzeuge seien sicher zurückgekehrt.

In London erklärte das Verteidigungsministerium, am Dienstag habe es keine Luftangriffe gegeben. "Wenn es sich auf gestern bezieht, dann ist es nicht wahr", sagte ein Sprecher des Ministeriums. Am Dienstag sei weder von den Briten noch von den Amerikanern eine Waffe abgefeuert worden. INA hatte gemeldet, britische und amerikanische Kampfflugzeuge hätten Dienstag Ziele im Nordirak beschossen und dabei 23 Menschen getötet. Elf Menschen seien bei dem Angriff verletzt worden. Die Angriffe hätten sich im Bezirk Talafar nahe der Stadt Mosul ereignet. Die Opfer hätten zu dem Zeitpunkt Fußball gespielt.

Dili, Ost-Timor - Eine Wiederversöhnungs- und Wahrheitsfindungskommission wurde gestern in Ost-Timor gegründet um die Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der indonesischen Besatzung von 1974 bis 1999 abzuhandeln. Ost-Timor, welches bis dahin eine portugiesische Kolonie gewesen war, wurde, nach Abzug der portugiesischen Besatzungsmacht und nur wenige Stunden nach Ausrufung der Unabhängigkeit, von indonesischen Truppen überrannt, die bis zu dem, von SPUN organisierten Referendum in 1999, das Land mit harter Hand regierten und die Bevölkerung unterdrückte. Die Kommission stellt eine Institution dar, die zwischen den lokalen Gemeinden und den Menschen vermitteln könnte, die sich geringere Straftaten während dieser Zeit schuldig gemacht hatten. Die Kommission wurde nach dem Vorbild der gleichnamigen Institution in Südafrika strukturiert, die sich bei der Wiederversöhnung der Gesellschaft nach der Zeit der Apartheid bewährt hatte.

Adis Abiba, Äthiopien - SPUN-Generalsekretärin Anne Royston lobte gestern die Regierungen Äthiopiens und Eritreas für ihr Engagement im Friedensprozess und ihre Kooperation mit der SPUN-Mission in den beiden Ländern, SPUNMEE. Dennoch äußerte sie Besorgnis über die provokante Zahl von Milizen und Polizei innerhalb des vorläufigen Sicherheitsstreifens zwischen den ehemaligen Brüderländern, die über mehrere Jahren in einen blutigen Krieg verwickelt waren. Auch die Behinderungen der SPUN-Mission durch Repräsentanten beider Länder, besonders im Bezug auf die freie Bewegung der SPUN-Mitarbeiter kritisierte sie erneut. Royston rief die Führungen beider Länder dazu auf, mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten, die die normalen Beziehungen zwischen den Völkern ihrer Staaten wieder ermöglichen könnten. Näheres zu dem Konflikt wird während der kommenden Wochen erwartet



Die SPUN-Vollversammlung in New York, USA

Wichtige Mitteilungen

-Bitte lasst keinen Müll auf dem Gelände des Bundestages (der ja ein denkmalgeschütztes Gebäude ist-wir berichteten) und der Robert-Wetzlar-Schule (die zwar nicht denkmalgeschützt, aber trotzdem ganz nett zu uns ist) liegen!

-So, jetzt genießt mal die Sitzungswoche und haut so richtig rein!!!

Euer SPUNited-Presseteam